

---

**Hintergrund zu: RS Afghanistan (Resolute Support Afghanistan)<sup>1</sup>**

---

**Eckdaten des Bundeswehrmandats**

- Resolut Support ist eine von der NATO geführte Unterstützungs- und Ausbildungsmission in Afghanistan. Die deutsche Beteiligung erfolgt damit entsprechend des Grundgesetzes im Rahmen **eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit**.
- Völkerrechtliche Grundlage für den Einsatz bildet ein Stationierungsabkommen (engl.: Status of Force Agreement) zwischen der NATO und der afghanischen Regierung vom 30.11.2014, sowie darauf aufbauend die Resolution 2189 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 12.12.2014.
- **Kernaufgabe von RS Afghanistan** ist die Unterstützung, Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte. Die Vorgängermissionen waren bis zum 01. Januar 2015 ISAF (International Security Assistance Force) und die Anti-Terror-Mission OEF (Operation Enduring Freedom), deren deutscher Beitrag am 29. Juni 2010 endete. Die Bundeswehr beteiligt sich seit 2001 an den Einsätzen in Afghanistan.
- Das Mandat des deutschen Bundestages erlaubt eine **Truppenobergrenze von 1.300** Soldat\*innen, während der NATO-Einsatz einen personellen Gesamteinsatz von 16.919 Soldat\*innen hat.<sup>2</sup> Die USA stellen dabei mit 8.475 Soldat\*innen den größten Anteil der Mission, gefolgt von Deutschland (1.300), dem Vereinigten Königreich (1.100), Italien (895), Georgien (870) und 34 anderen Ländern. Deutschland übernimmt die Verantwortung im Nord-Westen und hat im Camp Marmal in Mazar-e Sharif seine Basis.
- RS Afghanistan ist aktuell der größte, teuerste und politisch umstrittenste Einsatz der Bundeswehr. Die Einsatzdauer war bei Beginn im Jahr 2001 ursprünglich auf zwei Jahre angelegt. Auch wenn US-Präsident Donald Trump einen Teilabzug der US-Truppen bis zum Jahr 2020 angekündigt hat, vermeidet die US-Regierung eine offizielle Angabe zum konkreten Abzugstermin. Ein Verbleib deutscher Soldat\*innen bei einem gleichzeitigen Abzug der US-Armee aus Afghanistan wäre nicht zu bewerkstelligen, wie Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen selbst eingeräumt hat.<sup>3</sup> Die Bundesregierung hat trotz dieser Ankündigungen keine Planungen hinsichtlich eines Abzuges vorgenommen und sich über Jahre dieser schwierigen Debatte über Abzugskriterien und -pläne fahrlässig verweigert.
- Im März 2019 kursierende Gerüchte einer geplanten deutschen Truppenaufstockung angesichts eines möglichen US-Teilabzugs bewahrheiteten sich bisher nicht (vielmehr wurde seitens der FDP eine Antwort auf eine Kleine Anfrage falsch interpretiert). Es ist bekannt, dass die Bundeswehr bestimmte Kräfte in Deutschland bereithält, um kurzfristig kritische Fähigkeiten bei einem Abzug einer kleinen Partnernation zu ersetzen oder auf eine Lageverschärfung zu reagieren. Die Anzahl und das Fähigkeitsspektrum dieser Kräfte wären aber nicht geeignet, einen Teilabzug der US-Kräfte zu kompensieren.

**Hintergründe zum Konflikt**

Die Taliban erlangten im Jahr 1996, mit der Eroberung Kabuls, faktisch die Herrschaft über das politisch und ethnisch stark fragmentierte Afghanistan. Finanziert von Pakistan und Saudi-Arabien gelang es den Taliban, sich bis 2001 an der Macht zu halten und dabei Terrororganisationen wie der Al-Qaida einen Rückzugsort zu bieten, von dem aus sie operieren konnten. Nachdem am 11. September 2001 Mitglieder der Terrororganisation Al-Qaida mehrere Terroranschläge in den USA verübten, hat die NATO den Verteidigungsfall unter Artikel 5 ausgerufen.

---

<sup>1</sup> Dieses Papier ist eine kurze aussagekräftige Übersicht zum Auslandseinsatz. Für detaillierte Nachfragen könnt Ihr Euch /können Sie sich gerne an mein Team wenden.

<sup>2</sup> [https://www.nato.int/nato\\_static\\_fl2014/assets/pdf/pdf\\_2018\\_12/20181203\\_2018-12-RSM-Placemat.pdf](https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2018_12/20181203_2018-12-RSM-Placemat.pdf).

<sup>3</sup> <https://www.zeit.de/2019/04/ursula-von-der-leyen-bundeswehr-afghanistan>

Die darauffolgende Militärintervention führte zu einer schnellen Entmachtung der Taliban, auch wenn diese bis heute weder militärisch noch politisch besiegt worden sind und sich daraufhin nach Pakistan zurückgezogen haben, wo sie teilweise durch den pakistanischen Geheimdienst unterstützt worden sind. Die Taliban, konnten in den vergangenen Jahren aber wieder deutlich an Einfluss in Afghanistan hinzugewinnen, so dass sie heute etwas mehr als die Hälfte (56,1 %) aller Provinzen kontrollieren.<sup>4</sup>

Die Militäreinsätze ab 2001 konnten ihre Ziele, eine langfristige Stabilität und grundlegende Sicherheit in dem Land zu gewährleisten, bis heute nicht erfüllen.

In Afghanistan befeuern die Machtinteressen von Nachbarstaaten wie Pakistan und China, sowie regionalen Akteure wie beispielsweise Indien, Saudi-Arabien und Russland den innerstaatlichen Konflikt zusätzlich. Bis heute ist es trotz internationaler Unterstützung nicht gelungen, eine gut funktionierende und breit getragene staatliche Ordnung in Afghanistan zu etablieren. Die Klientelpolitik der politischen Eliten, massive Korruptionsprobleme und die Rivalitäten zwischen verschiedenen Gruppen haben dazu geführt, dass viele Menschen in Afghanistan bitter enttäuscht über diese Regierung sind. Bis heute gelingt es der afghanischen Regierung nicht, staatliche Souveränität in allen Provinzen durchzusetzen. So haben sich die Taliban vor allem im Norden und Süden des Landes und der sogenannte „Islamische Staat“ vor allem im Osten des Landes festgesetzt, es gibt zudem weitere aufständische Gruppen. So kehrte im August 2017 der frühere Warlord Gulbuddin Hekmatyar („Schlächter von Kabul“) aus seinem Exil offiziell nach Afghanistan zurück, nachdem zwischen ihm und der afghanischen Regierung im Jahr 2016 ein Friedensabkommen geschlossen wurde. Im Rahmen des Friedensabkommens wurde Gulbuddin Hekmatyar Straffreiheit sowie die Aufhebung von UN-Sanktionen zugesichert. Im Januar 2019 kündigte er an, bei der Präsidentschaftswahl in diesem Jahr anzutreten.

Die internationale Koalition und die afghanische Regierung haben über Jahre ihren Fokus vor allem kurzfristig auf das Militärische verengt, wichtige Chancen, insbesondere in den ersten Jahren des ISAF-Einsatzes als die Sicherheitslage deutlich entspannter war, ungenutzt gelassen und den zivilen Wiederaufbau sowie das diplomatische Engagement vernachlässigt.

Die fatalen militärischen Strategiewechsel in den Vorgängermissionen aber auch der nationale Anti-Terrorkampf der USA haben die Erfolgsperspektiven des Einsatzes weiter verringert. Obwohl sich zwischenzeitlich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass die offensive Aufstandsbekämpfung nicht zu mehr Sicherheit beiträgt, sondern kontraproduktiv wirkt, wurden bereits unter dem US-Präsidenten Barack Obama verstärkt wieder Luftangriffe durchgeführt. Insbesondere Donald Trumps militärische Eskalationsstrategie seit 2017, die erneute massive Ausweitung des Antiterrorkampfes mit Angriffen in der Nacht (engl. night raids), Drohnenangriffen und Luftschlägen haben weder zu einer substantiellen Schwächung der Taliban geführt, noch das Blatt zu Gunsten der afghanischen Sicherheitskräfte gewendet. Die falsche und gefährliche Logik führt im Gegenteil zu mehr zivilen Opfern, trägt zur Radikalisierung der Aufständischen und in der Bevölkerung bei und heizt die Gewaltspirale weiter an.

#### **Veränderungen zum letzten Bundeswehrmandat**

Das aktuelle Mandat der Bundeswehr wurde im März 2018 erneuert. Dabei wurde die Obergrenze von 980 Soldaten auf aktuell 1300 Soldaten erhöht. Das aktuelle Mandat endet am 31. März 2019 und soll unverändert für ein Jahr verlängert werden.

<sup>4</sup> <https://www.sigar.mil/pdf/quarterlyreports/2019-01-30qr.pdf>.

**Aktuelles**

- Die Sicherheitslage hat sich in den vergangenen Jahren trotz der Militärpräsenz und zahlreicher Strategiewechsel immer weiter verschlechtert. In den Gefechten mit den Taliban erleiden die afghanischen Sicherheitskräfte sehr hohe Verluste. Präsident Ashraf Ghani nannte im November 2018 Verluste in Höhe von 28.000 afghanischen Sicherheitskräften seit 2015, es muss aber von weitaus höheren Zahlen ausgegangen werden. Dabei greifen die oft besser ausgerüsteten Kämpfer der Taliban verstärkt auch in der Nacht an. Regelmäßig kommt es im gesamten Land zu Anschlägen auf Soldat\*innen, politische Funktionäre, Sicherheitskräfte und die Zivilbevölkerung. Darüber hinaus gibt es im afghanischen Militär und bei der Polizei eine extrem hohe Desertationsrate. Nach dem vierteljährlichen Bericht des Spezialinspektors des US-Senats für den Wiederaufbau in Afghanistan (SIGAR) ist nur gut die Hälfte des Landes unter Kontrolle oder Einfluss der afghanischen Sicherheitskräfte. So sprach auch schon im Jahr 2017 der UN-Sondergesandte für Afghanistan von einer „erodierenden Pattsituation“.
- Bei Wahlen in Afghanistan kommt es immer wieder zu terroristischen Anschlägen und Gewalt, Unregelmäßigkeiten, Wahlfälschungen und zur Behinderung der Stimmabgabe. Im Dezember 2018 wurden beispielsweise alle abgegebenen Stimmen für die Provinz Kabul von der Unabhängigen Wahlbeschwerdekommission (IECC) für ungültig erklärt. Über die Zeit der Parlamentswahlen haben die meisten internationalen Organisationen ihr Personal aus Afghanistan abgezogen. Die offiziellen Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2018 stehen immer noch aus.
- Der Konflikt bedroht vor allem die Lebensperspektiven und die Sicherheit der Bevölkerung im Land. Vorsichtigen Schätzungen der UN zufolge wurden im Jahr 2018 mindestens 3804 Zivilist\*innen getötet, fast ein Viertel davon (937) waren Kinder.<sup>5</sup> Hauptursache sind Selbstmordanschläge der Aufständischen, eine Mehrheit davon in der Hauptstadt Kabul. Die Anzahl an Binnenvertriebenen liegt laut Amnesty International (Jahresbericht 2017/2018) bei insgesamt 2 Millionen Menschen. Die gefährliche Lage erschwert die Arbeit der nationalen und internationalen Hilfsorganisationen. Caritas International warnte bereits im November 2018 vor einer drohenden Hungersnot in Afghanistan. Nach Angaben der Hilfsorganisation sind bis zu 2,8 Millionen Afghan\*innen unterernährt.
- Seit dem Sommer 2018 führen die USA mit den Taliban Gespräche, ohne die afghanische Regierung oder die Zivilgesellschaft daran zu beteiligen. Die USA haben damit mit dem Konsens der internationalen Gemeinschaft gebrochen, dass die afghanische Regierung mit am Verhandlungstisch sitzen müsse. Die Trump-Administration hat zudem zur einzigen Bedingungen der Gespräche gemacht, dass aus Afghanistan keine Terrorgefahr für andere Staaten mehr ausgehen soll. Eine solche kurzsichtige Verhandlungsstrategie kann weder zum Erfolg führen, noch wird sie eine echte Friedensperspektive für die Menschen in Afghanistan ermöglichen. Trotzdem trafen sich vom 17. bis 20. März 2019 die verschiedenen Vertreter\*innen verschiedener Gruppen zu einer großen Versammlung (Loya Jirga), um ihre roten Linien für die Verhandlungen festzulegen.
- Die unabgestimmte Ankündigung und die Debatte über einen US-Abzug sind vor allem auf innenpolitische Gründe in den USA zurückzuführen. Die Abzugsankündigung ist in den USA hoch umstritten. So hat sich der republikanisch dominierte US-Senat in einer Resolution gegen einen überstürzten Abzug aus Afghanistan ausgesprochen. Auch aus Regierungskreisen wurde die Ankündigung des US-Präsidenten teilweise relativiert. So betonte der kommissarische US-Verteidigungsminister Patrick Shanahan im Februar, dass es noch keinen Abzugsbefehl des US-Präsidenten gebe und verwies auf die starken Sicherheitsinteressen der USA in der Region.

---

<sup>5</sup> <https://unama.unmissions.org/civilian-deaths-afghan-conflict-2018-highest-recorded-level-%E2%80%93-un-report>.

## Analyse & Bewertung

Nach 18 Jahren der verschiedenen Einsätze und Strategiewechsel in Afghanistan ist die Lage weiter verheerend. Zwar gab es in den vergangenen Jahren auch positive Entwicklungen im Bereich der Pressefreiheit, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Bildung und Frauenrechte. Man muss aber mit einem realistischen Blick leider feststellen, dass der Einsatz seine Ziele nicht erreichen konnte und wahrscheinlich auch nicht erreichen wird.

- Die Bundesregierung muss nun schnell nachholen, was sie in den letzten Jahren versäumt hat und einen **Abzugsplan für die Bundeswehr** aus Afghanistan vorlegen. Donald Trump hat inzwischen mehrfach den US-Abzug angekündigt und es ist unstrittig, dass der Afghanistan-Einsatz ohne eine US-amerikanische Beteiligung nicht weiter fortgeführt werden kann. In dieser Situation einfach ein altes Mandat neu vorzulegen und so zu tun, als ob nichts geschehen sei, ist gefährlich naiv.
- Die afghanische Einheitsregierung ist von wirklicher Einheit weit entfernt und hat trotz der großen Hoffnung nach der letzten Präsidentschaftswahl, mit ihrer Klientelpolitik und angesichts massiver Korruption **das Vertrauen der Menschen und der internationalen Gemeinschaft verspielt**. Wahlen wurden über Jahre hinweg verschoben und finden erst mit mehrjähriger Verspätung statt. Auch diese innerafghanischen Entwicklungen verschlechtern die Erfolgsaussichten des Engagements in einem erheblichen Maße.
- Die **Eskalationsstrategie** der USA mit nächtlichen Angriffen, verstärkten Luft- und Drohnenangriffen jenseits von RS hat in den letzten Jahren eine politische Lösung des Konflikts weiter erschwert.
- Eine echte Lösung des Konfliktes führt nur über eine politische Lösung im Sinne von **Friedensverhandlungen** mit allen relevanten Akteur\*innen. Ohne solche Verhandlungen wird es in Afghanistan keine Stabilität und Sicherheit geben. Die Art und Weise wie die aktuellen Verhandlungen mit den Taliban von Seiten der Trump-Administration gestaltet werden ist verheerend. Nur wenn die Afghan\*innen am Ende selbst über ihre Zukunft mitentscheiden können, besteht die Chance auf einen nachhaltigen Frieden, der auch die Rechte der afghanischen Zivilgesellschaft achtet. Die Bundesregierung hat über Jahre zu wenig an einer diplomatischen Lösung gearbeitet. Das aktuelle Angebot für eine Friedenskonferenz in Deutschland ist richtig, kommt aber Jahre zu spät.
- Die internationalen Verpflichtungen für den **zivilen Wiederaufbau** müssen auch über einen Abzug hinaus eingehalten werden. Das zivile Engagement muss so weit wie möglich fortgeführt werden und dort ausgebaut werden, wo es sinnvoll und notwendig ist. Die Bundesregierung sollte beim langfristigen Engagement Deutschlands einen Schwerpunkt auf Bildung, Wirtschaftsförderung und Rechtsstaatlichkeit legen.
- Sichere Zonen für Geflüchtete in Afghanistan gibt es nicht. Das macht auch ein Bericht des UNHCR zu Afghanistan deutlich, beispielsweise in dem ausdrücklich davor gewarnt wird, Kabul als sichere innerafghanische Schutzmöglichkeit zu betrachten.<sup>6</sup> Gerade in Kabul kommt es immer wieder zu verheerenden Anschlägen mit einer hohen Anzahl an zivilen Opfern. Auch auf mehrfache Nachfrage kann die Bundesregierung bis heute **keine sicheren Regionen in Afghanistan** benennen. Trotzdem wurden seit Ende 2016 über 500 Menschen nach Afghanistan abgeschoben, zuletzt Mitte März 2019. Abschiebungen nach Afghanistan sind angesichts der Sicherheitslage nicht zu verantworten und müssen sofort beendet werden.
- Es ist notwendig, dass militärische und zivile Engagement in Afghanistan und damit auch den längsten Einsatz der Bundeswehr einer tiefgehenden, umfangreichen, unabhängigen und kritischen **Evaluation** zu unterziehen. Das fordern wir Grüne für alle Auslandseinsätze, denn nur so können Fehler erkannt und für die Zukunft abgestellt werden.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> <https://www.refworld.org/docid/5b8900109.html>.

<sup>7</sup> Wir Grüne haben immer wieder darauf gedrängt, zuletzt in einem Antrag, der am Donnerstag im Bundestag abgestimmt wird.